

VERBESSERTES STADTTICKET - GENERALÜBERHOLUNG JETZT!

Aktuelles Angebot von Senator Loske ist absolut unzureichend.

Die Jusos Bremen-Stadt sehen in der ab März 2011 vorgesehenen Vergünstigung kein angemessenes, soziales Preisverhältnis zur Mobilitätsförderung innerhalb der Stadtgemeinde Bremen. Sie fordern daher vom Senat der Freien Hansestadt Bremen die Prüfung, ob das StadtTicket nicht für einen geringeren Preis als 20 € bei Kindern und Jugendlichen und 25 € bei Erwachsenen abgegeben werden kann. Im Vergleich zu Studierenden an den Hochschulen in Bremen, die auf den Monat umgerechnet 17,50 € für das Semesterticket bei erheblich besseren Konditionen zahlen, ist das StadtTicket preislich immer noch nicht sozial genug!

Die Jusos kritisieren in diesem Zusammenhang auch, dass der Nachlinienzuschlag für InhaberInnen des StadtTickets zu entrichten ist, für NutzerInnen der meisten Zeittickets hingegen nicht.

Konditionen des StadtTicket noch immer unattraktiv

Weitere Verbesserungsmöglichkeiten sehen die JungsozialistInnen auch bei der Personengebundenheit des Tickets und der Nichtübertragbarkeit: Derzeit ist das Ticket nicht übertragbar, auch nicht innerhalb des Haushaltes. Sie fordern daher die Einführung eines "Familientickets", mit dem ein Elternteil gemeinsam mit bis zu zwei Kindern bis 14 Jahre auf einem Ticket fahren kann, Kinder erhalten dabei eigene "Zweitickets".

NutzerInnen müssen Stigmatisierung fürchten

Des Weiteren ist das Ticket zu „entdiskriminieren“ und besser zu vermarkten. Derzeit unterscheidet sich das Ticket erheblich von den anderen Zeittickets, wie dem Semesterticket oder dem Jobticket. „Durch die Abweichung im Design zu anderen Zeittickets, ist das StadtTicket gleich als solches erkennbar. Dies stellt für uns eine Diskriminierung der NutzerInnen des StadtTickets dar. Deshalb plädieren wir für eine Angleichung des Designs des StadtTickets an die anderen Zeittickets.“, so Janne Herzog, Mitglied im Vorstand. Weiter: „Wir wünschen uns auch eine bessere Vermarktung des Tickets. Zwar wird bereits mit entsprechenden Flyern an den Ausgabestellen des Tickets geworben, aber nicht in oder an Fahrzeugen, Haltestellen und Ticketautomaten.“ Zur Umsetzung der Forderungen haben die Jusos einen Antrag beschlossen, der derzeit der SPD-Bürgerschafts-fraktion zur Einbringung in das Parlament vorliegt.

Das StadtTicket war in Bremen am 1. April 2010 eingeführt worden. Die Jusos Bremen-Stadt haben diese Einführung sehr begrüßt. BezieherInnen von Leistungen nach SGB II, SGB XII Kap. 3 und 4 sowie dem Asylbewerberleistungsgesetz und Heimbewohnern (SGB XII) muss Mobilität mit dem ÖPNV im Alltag zu gesonderten, vergünstigten Konditionen ermöglicht. Gerade diese Mobilität ist eine wesentliche Voraussetzung, um am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können.